

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagspreis: Die wochenspezifische Beilage für Anzeigen aus Aue und Umgebung 30 Pfennige, auswärts 40 Pfennige, auswärts 50 Pfennige, auswärts 60 Pfennige. 1. Jahrgang, 2. Jahrgang, 3. Jahrgang, 4. Jahrgang, 5. Jahrgang, 6. Jahrgang, 7. Jahrgang, 8. Jahrgang, 9. Jahrgang, 10. Jahrgang, 11. Jahrgang, 12. Jahrgang, 13. Jahrgang, 14. Jahrgang, 15. Jahrgang, 16. Jahrgang, 17. Jahrgang, 18. Jahrgang, 19. Jahrgang, 20. Jahrgang, 21. Jahrgang, 22. Jahrgang, 23. Jahrgang, 24. Jahrgang, 25. Jahrgang, 26. Jahrgang, 27. Jahrgang, 28. Jahrgang, 29. Jahrgang, 30. Jahrgang, 31. Jahrgang, 32. Jahrgang, 33. Jahrgang, 34. Jahrgang, 35. Jahrgang, 36. Jahrgang, 37. Jahrgang, 38. Jahrgang, 39. Jahrgang, 40. Jahrgang, 41. Jahrgang, 42. Jahrgang, 43. Jahrgang, 44. Jahrgang, 45. Jahrgang, 46. Jahrgang, 47. Jahrgang, 48. Jahrgang, 49. Jahrgang, 50. Jahrgang, 51. Jahrgang, 52. Jahrgang, 53. Jahrgang, 54. Jahrgang, 55. Jahrgang, 56. Jahrgang, 57. Jahrgang, 58. Jahrgang, 59. Jahrgang, 60. Jahrgang, 61. Jahrgang, 62. Jahrgang, 63. Jahrgang, 64. Jahrgang, 65. Jahrgang, 66. Jahrgang, 67. Jahrgang, 68. Jahrgang, 69. Jahrgang, 70. Jahrgang, 71. Jahrgang, 72. Jahrgang, 73. Jahrgang, 74. Jahrgang, 75. Jahrgang, 76. Jahrgang, 77. Jahrgang, 78. Jahrgang, 79. Jahrgang, 80. Jahrgang, 81. Jahrgang, 82. Jahrgang, 83. Jahrgang, 84. Jahrgang, 85. Jahrgang, 86. Jahrgang, 87. Jahrgang, 88. Jahrgang, 89. Jahrgang, 90. Jahrgang, 91. Jahrgang, 92. Jahrgang, 93. Jahrgang, 94. Jahrgang, 95. Jahrgang, 96. Jahrgang, 97. Jahrgang, 98. Jahrgang, 99. Jahrgang, 100. Jahrgang.

Bestellungen nehmen die Anzeiger, und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1498

Nr. 108 Sonnabend, den 11. Mai 1929 24. Jahrgang

Das unentbehrliche Deutsch im geraubten Oberschlesien

Schließung der Lichtspieltheater in Ratibowitz.
Alle Kinos blieben in Ratibowitz vorerst geschlossen, da die Kinosbesitzer ähnliche Zwischenfälle befürchteten, wie sie sich am Montag in einem Kino ereignet haben, wo es zu Aufrufen gegen die deutschen Zuschauer gekommen war. Die Kinosbesitzer verhandelten mit dem Magistrat über die Gewährleistung der Sicherheit des Publikums. Die Verhandlungen hatten jedoch kein befriedigendes Ergebnis, so daß die Kinosbesitzer sich zur Schließung der Kinos entschlossen. Sie machten bei den Verhandlungen insbesondere geltend, daß, falls die deutschen Zuschauer und Zuschauerinnen entfernt würden, der Besuch der Kinos um 50 Prozent sinken würde.

Ablehnung des Stahlschutzes in Danzig

Gegenüber den Angriffen der Stahlhölzerleitung in Königsberg veröffentlicht der Senat der Freien Stadt Danzig eine Erklärung, in der er es ablehnt, zu den gegen ihn selbst erhobenen Angriffen Stellung zu nehmen. Dagegen müßten die Anschuldigungen gegen Danzig mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Als ein bedauerliches Zeichen der Verrohung im politischen Kampf müsse der Versuch der Stahlhölzerleitung bezeichnet werden, dem Präsidenten des Senats Dr. Sahn die Ehre abzuschneiden. Die Verdienste Dr. Sahn um die Deutschhaltung Danzigs seien vor aller Welt aus seinem zehnjährigen Wirken für Danzig bekannt. Zu der einmütigen Stellungnahme der Danziger Presse sehe der Senat den Beweis dafür, daß die überwiegende Mehrheit der Danziger Bevölkerung einig sei in der Beurteilung der maßlosen Angriffe des Stahlschutzes.

Der Moskauer Drehtzieher von Berlin

Geheimnisvolle Verhaftung am Warschauer Hauptbahnhof
Die „Rzeczpospolita“ meldet, daß am Hauptbahnhof in Warschau ein elegant gekleideter Herr festgenommen wurde, der sich mit einem gefälschten Pässe als der polnische Staatsbürger Jan Kryderski auswies. Kryderski entstieg dem Berliner Zug und erkundigte sich in nervöser Hast nach dem Zug nach Kuzland. In den beiden Handtaschen des Reisenden fand man angeblich ein Verzeichnis von Berliner Kommunisten, die an den letzten Straßenkämpfen teilgenommen haben, sowie Instruktionen und genaue Berliner Pläne. Das genannte Blatt glaubt, daß Kryderski vor dem 1. Mai als sowjetrussischer Instrukteur nach Berlin geschickt worden sei und daß er nun wieder nach Kuzland zurückkehren wollte. Name und Nationalität des Festgenommenen konnten noch nicht ermittelt werden.

Mordanzeige wegen Tötung zweier Frauen

Bei der Staatsanwaltschaft II in Berlin ist durch Rechtsanwalt Coewenthal eine Mordanzeige gegen Unbekannt wegen der Tötung der Kaufmannswitwe Marie Köpfer und der Portierfrau Erna Köpfer eingegangen, die bei den Unruhen am 3. Mai auf dem Balkon ihrer Wohnung im Hause Hermannstraße 177 in Neudamm erschossen worden sind. Die Untersuchung der Staatsanwaltschaft dürfte sich, wie eine Berliner Korrespondenz schreibt, sehr schwierig gestalten.

Sie können es nicht lassen

Kotfrontkundgebung in Duisburg
Die kommunistische Partei hatte für gestern nachmittag ihre Mitglieder des ehemaligen Kotfrontkämpferbundes zu einer Protestkundgebung auf dem Königsplatz zusammenberufen. Etwa 5-600 Mann waren der Parole gefolgt. Trotz des Verbotes trugen die Mitglieder des Kotfrontkämpferbundes ihre alten Abzeichen soweit sie nicht der Beschlagnahme zum Opfer gefallen waren. Eine Gruppe fiel besonders dadurch auf, daß sie an ihren russischen Feldmägen Schilder mit der Aufschrift „Wir sind verboten!“ trug. Eine andere Gruppe marschierte hinter einem Schild mit der Aufschrift „Trotz Verbotes sind wir nicht tot!“ Die Duisburger Polizei verhielt sich abwartend. Vor dem Säulengang des Stadttheaters nahm ein Führer der Kommunisten Auffassung und richtete an die Versammelten eine Ansprache, in der er betonte, daß Kotfront sich nicht verbieten lasse. Sollte sich das Verbot auch auf die kommunistische Partei erstrecken, dann würde das Proletariat nach Moskauer Vorbild mit illegalen Mitteln gegen den faschistischen Staat ankämpfen.

Keine Auflösung von Kotfront in Mecklenburg-Schwerin

Wie wir erfahren, sieht die mecklenburgische Staatsregierung vorläufig keine Veranlassung, den Koten Frontkämpferbund und die übrigen kommunistischen Kampforganisationen aufzulösen.

Finanzfachverständige oder Diplomaten?

Die französischen Techniker — Die englischen Diplomaten — Owen Young über den Waffern — Erneute Umarbeitung des Schlußvertrags.

Als Owen Young am letzten Sonnabend seinen neuesten Vermittlungsvorschlag den Finanzfachverständigen unterbreitet hatte, kam alsbald das erste Echo, wie nicht zu verwundern ist, aus Frankreich. Schon am Sonntag morgen kündigte Poincaré einen energischen Widerstand gegen die von Owen Young vorgeschlagene Annuitätenreihe an. Am Montagabend konnte man zum zweitenmal hören, daß die vorgeschlagenen deutschen Jahreszahlungen Poincaré zu niedrig erschienen. Der Führer der französischen Delegation auf der Young-Konferenz bildete sich aber, die von Young vorgeschlagene Annuitätenreihe abzulehnen. Wenn die Franzosen schon einmal ablehnen, so wünschen sie dies lieber unter Hinweis auf die deutschen Vorbehalte zu tun, als unter Berufung auf die neue Skala der deutschen Jahreszahlungen, die Poincaré immer noch nicht genügt.

Die Franzosen waren sich über ihre Taktik viel früher als die Engländer im Klaren. Diese wurden von dem Bericht Owen Youngs zunächst gewaltig überrascht, als sie entdeckten, daß der englische Anteil an den deutschen Reparationszahlungen beträchtlich herabgesetzt worden war. Sir Josiah Stamp begab sich persönlich zu Owen Young, um ihn zu fragen, ob die Herabsetzung des englischen Anteils absichtlich erfolgt wäre, was Owen Young unweibentlich bejahte. Daraufhin erklärte Stamp in aller Kürze, daß eine derartige Verminderung von den Engländern nicht angenommen werden könnte.

Um jedoch volle Klarheit zu schaffen, ersuchten die Gläubigerfachverständigen Owen Young um nähere Angaben über die geplante Verteilung der deutschen Zahlungen auf die einzelnen Gläubigerstaaten, sowie um die Bekanntgabe der deutschen Vorbehalte. Was die Verteilung der deutschen Reparationszahlungen betrifft, so ist sie seinerzeit in Spaa festgesetzt worden. Der Schlüssel von Spaa wurde schon vor einigen Wochen anlässlich der Abfassung des Gläubigermemorandums etwas abgeändert. Jetzt ist auf Grund der Vorschläge Young-Schacht eine abermalige Änderung notwendig geworden. Das paßt den Engländern am wenigsten. Demgemäß taktieren sie auch.

Am Mittwoch bezeichnete die „Morning Post“ den Kompromißvorschlag Owen Youngs geradezu als einen „schmerzhaften feindseligen Akt“ gegen England. Nach dem „Londoner Times“ sollen die Engländer auf ihren gesamten Erfordernis für die vier Inflationen des Dawes-Plans an Amerika geleisteten Schuldenszahlungen sowie auf die Reparationsanteile an die Dominions verzichten. Diese Zustimmung wird von der gesamten englischen Presse einstimmig abgelehnt. In ihren Erklärungen stellt es trotz der Entente cordiale nicht an unfreundlichen Seitenhieben auf die Franzosen, in denen man die eigentlichen Urheber der neuen Verteilungskrise erblickt, auch nicht auf die Italiener, die jetzt besser wegkommen sollen, als früher in Spaa. Besonders peinlich wird jedoch empfunden, daß die Engländer dadurch in eine ähliche Lage hineinkattiert wurden, daß sie völlig allein dastehen, wenn überraschenderweise die anderen Gläubigerstaaten die Vorschläge Youngs und Dr. Schachts annehmen sollten.

Die deutschen Vorbehalte, unsere Voraussetzungen und Bedingungen für die Annahme des Young-Plans, finden sich in schriftlicher Fixierung bereits einige Tage in der Hand Owen Youngs. Dieser schwebt gemäßigtermaßen als schärfere West über den trübten Waffern der Konferenz. Obwohl er die deutschen Voraussetzungen und Bedingungen sehr wohl kennt und frohlos auch mit ihrer Formulierung einverstanden ist, dachte er zunächst gar nicht daran, sie den anderen Finanzfachverständigen anzuhändigen. Er wollte sich kugelmäßig zunächst einmal darüber Gewißheit verschaffen, daß die einzelnen Delegationen die Skala seiner Jahreszahlungen grundsätzlich annehmen. Erst dann soll nach seiner Auffassung über gewisse Begleiterscheinungen gesprochen und verhandelt werden.

Die englische Diplomatie arbeitet fortgesetzt mit Hochdruck. Obwohl ihr am Montag mittag die deutschen Vorbehalte noch nicht zugestellt waren, ließ sie schon am Morgen

durch Reuters verkünden, daß keine Rede von unannehmbaren deutschen Vorbehalten sein könnte. In Paris dürfte man diesen geschickten Gegenbeschlag der Waffern mit Staunen vernommen haben. An der Verteilungsfrage wird die Konferenz nicht scheitern. Währungsfrage hat bereits einen Ausweg gefunden. Der Schlußbericht der Konferenz könnte nämlich den neuen Verteilungsvorschlag aus dem Konferenzbericht herausnehmen und in den Anhang verweisen. In diesem Falle könnte der Bericht selber einstimmig unterzeichnet werden. Nur der Anfang mit dem neuen Verteilungsschlüssel würde dann mit britischen Vorbehalten versehen werden. Ueber ihn könnten sich späterhin die Regierungen der Gläubigerstaaten verständigen. Dieser Schachis der britischen Diplomatie verdient alle Beachtung.

Selbstverständlich werden durch die neuesten Verhandlungen und Ergebnisse auch die Arbeiten des Redaktionsausschusses wesentlich beeinflusst. Bisher waren in diesem Ausschuss nur die Sachverständigen der Gläubigerstaaten und die Amerikaner vertreten. Die deutsche Delegation arbeitete an einem Sonderbericht, in dem sie ihre abweichenden Ansichten in den wichtigsten Punkten herausarbeitete. Jetzt aber besteht Aussicht, daß die Finanzfachverständigen der Young-Konferenz den Regierungen einen einstimmigen Bericht vorlegen. Zu dem Zweck nahm Dr. Schacht mit Sir Josiah Stamp, dem Vorsitzenden des Redaktionsausschusses Fühlung, um zu versuchen, die deutschen Voraussetzungen für die Annahme der Ziffern des Young-Plans in den Bericht hinein zu arbeiten. Auch dieser Schachis Dr. Schachts in allen Ehren! Wie man sieht, sind die führenden Köpfe der Young-Konferenz nicht nur Finanzfachverständige.

Englische Regierungserklärung

Churchill im Unterhaus über die Reparationsfrage
Auf die Frage, ob sich die Zuständigkeit des Reparationsfachverständigenausschusses auch auf Änderungen im Verteilungsschema von Spaa erstreckt, und ob die Regierung ihre Vertreter im Ausschuss über ihre Ansichten in dieser Frage unterrichtet habe, erklärte in der gestrigen Unterhausdebatte Churchill:

„Der Sachverständigenausschuss, der gegenwärtig in Paris tagt, setzt sich aus unabhängigen Vertretern der verschiedenen beteiligten Länder zusammen. Ich habe mich natürlich während der ausgedehnten Verhandlungen in Fühlung mit den britischen Delegationsmitgliedern gehalten, und ich habe einen großen Eindruck von ihrer Auffassungsgabe und ihrem Verständnis für die ganze Lage erhalten. Wir haben jedoch niemals bestimmte Instruktionen an diese Herren geschickt, und wir wollen das auch bei dieser Gelegenheit nicht tun. Dem Sachverständigenausschuss muß es überlassen bleiben, seine Beschlüsse selbst zu fassen. Diese Beschlüsse — gleichgültig, ob man ihnen zustimmt oder nicht — binden in keiner Weise die Regierung, die vollständig frei bleibt und ihre eigenen Entscheidungen über die Arbeiten und die Empfehlungen des Sachverständigenausschusses fassen wird. Es ist daher auch klar, daß keine Notwendigkeit besteht, und daß es in gleicher Weise verfrüht und unzulässig für die Regierung sein würde, über Einzelheiten sich auszusprechen, wie groß auch immer ihre Bedeutung sein mag. Um jedoch Mißverständnisse im Ausland und Beunruhigungen im Inland zu vermeiden, ist es vielleicht wünschenswert, daß ich erkläre, daß jene Art von Vorschlägen, die gestern in der Presse angedeutet wurden, nach unserer Meinung unannehmbar sind, und daß die Regierung sie sich unter keinen Umständen zu eigen machen wird.“ (Beifall.)

Das neue China

Der Völkerbund und China

Der stellvertretende Generalsekretär des Völkerbundes, Wdenol-Frankefeld, der vor wenigen Tagen von seiner China-Reise zurückgekehrt ist, empfing am Mittwoch die internationale Presse. Er erinnerte daran, daß der Zweck seiner Reise die persönliche Fühlungnahme mit der Nanking-Regierung war, um die Mißverständnisse zu beseitigen, die sich im letzten September nach dem Ausscheiden Chinas aus dem Völkerbundsrat ergeben hatten. Das Ergebnis seiner Reise sei, so sagt Wdenol, eine gründliche Aussprache mit den leitenden Persönlichkeiten des neuen China aber die Möglichkeiten der Zusammenarbeit Chinas mit dem Völkerbund. Selbstverständlich könne man, so fruchtbringend die Reise auch gewesen sei, nicht sofortige Ergebnisse erwarten. Da es sich um eine erste Fühlungnahme handle und Gegenkräfte immer noch eine Zeitlang am Werke sein könnten, so dürften auch

die Gerüchte über Chinas Austritt aus dem Bunde vorerst nicht aus der Presse verschwinden. Es sei aber ungemein wichtig gewesen, daß ein Vertreter des Völkerbundssekretariats nach China gegangen sei, um die persönliche Fühlung aufzunehmen. Auch China habe alles Interesse daran, die Beziehungen mit der übrigen Welt aufzunehmen und zu pflegen. Ueber seine sonstigen Eindrücke in China machte Wdenol interessante Mitteilungen, wobei er den ausgesprochen nationalen Charakter der gegenwärtigen Regierung betonte, die, obgleich sie sich auf eine Parteiorganisation stütze, von allen Parteien und allen Provinzen Chinas als die nationale Vertretung dem Ausland gegenüber anerkannt sei. Charakteristisch für das neue China sei das allgemein starke Erwachen des Nationalgefühls, das ja in der Bekämpfung der sogenannten ungleichen Verträge seinen stärksten Ausdruck findet. Wdenol sprach dann über die Regierungsorgane und den Beamtenapparat Chinas, der im Ausbau begriffen sei, und stellte fest, er habe im